



Resolution zu Medienvielfalt

verabschiedet durch die Mitgliederkonferenz vom 21. April 2018

Das Resultat der No-Billag Abstimmung macht es klar: Wir wollen eindeutig einen starken Service public.

Aber die kontroverse Debatte um Medienpolitik geht unverdrossen weiter und die Medienvielfalt wird von rein kommerziell interessierten Kreisen übel attackiert.

Unabhängige und vielfältige Medien sind eine Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie.

SP60+ fordert:

- Medien, die unabhängig, kritisch und verständlich berichten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von älteren Menschen, sprachlichen Minderheiten und Menschen mit Behinderung. Sie werden heute zu wenig berücksichtigt.
- Dass im neuen Mediengesetz der Service public ausgeweitet wird auf Online-Medien und Zeitungen und aus Geldern der Medienabgaben unterstützt wird.
- Die Sicherung der Existenz der Nachrichtenagentur SDA aus Mitteln der öffentlichen Hand.
- Eine SRG, die stark bleibt und auf einen Abbau ihrer Leistungen verzichtet, auf ihren Werbeeinnahmen beharrt und im Internet einen öffentlichen Informationskanal ausbaut.

Nur gemeinsam finanzierte Medien werden die Freiheit des individuellen Medienkonsums garantieren.

SP60+ stellt sich im Weiteren entschieden gegen alle anderen Abbauersuche im Service Public wie z.B. Poststellenabbau, Abbaupläne im öffentlichen Verkehr und Attacken gegen Sozialversicherungen.